

Danziger Zeitung.

Nr 7954.

1873.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Postkosten werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auslandlich bei allen Posten. Verhandlungen angezogenen Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärtig 1 R. 20 S. — Postkarte pro Seite 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Ulrich, L. Klemmeyer und Paul. Moeser; in Leipzig: J. Seeger Post und H. Engler; in Hamburg: Hesenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. A. Deude u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schröder; in Cöln: Neumann-Jacobson's Buchhandl.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.
Hamburg, 16. Juni. Einem Telegramm der „Hamb. B.“ aus Aden vom 15. d. M. zufolge waren dort Nachrichten aus Banzibar vom 6. d. M. eingegangen, nach denen die zwischen England und dem Sultan von Banzibar in der Slavereifrage entstandenen Differenzen durch einen abgeschlossenen Tractat ihre Eriedigung gefunden hatten.

Paris, 16. Juni. Der neue spanische Minister des Auswärtigen soll, wie hier verlautet, an sämtliche Vertreter Spaniens im Auslande eine Circulardecrese gerichtet haben, in welcher versichert wird, daß die im Auslande verbreiteten Gerüchte über in Madrid stattgehabte Unruhen jeder Begrundung entbehren. In ganz Spanien mit Ausnahme der Gegenden, in denen Carlistanden erschienen seien, herrsche die vollständigste Ruhe.

Perpignan, 16. Juni. Nach hier eingetroffenen Melbungen vom Kriegsschauplatze in Spanien hat bei Prats des Clusauas ein ernsthafter Kampf stattgefunden. Das Regiment Savoies, von der Abtheilung des Gabecilla Militär angegriffen und hart bedrängt, verlor eine Kanone und wurde nur durch das Enttreffen des Brigadier Campos, der zur Unterstützung herbeieilte, vor völliger Vernichtung gerettet. Es gelang indessen nicht, das verlorene Geschütz wieder zu nehmen. Der Verlust der Regierungstruppen beziffert sich, der amtlichen Mittheilung zufolge, auf 30 Mann tot oder verwundet.

Haag, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde der von der Regierung geforderte Credit für die atchinesische Expedition einstimmig bewilligt. Der Minister des Auswärtigen erklärte dabei im Laufe der Debatte, daß die Regierung weder offiziell noch offiziell eine Mittheilung von einem etwaigen Eingreifen der türkischen Regierung in die atchinesische Frage erhalten habe.

Russel, 16. Juni. Der Schah von Persien ist hier eingetroffen.

Der Gesetzentwurf über Gewerbegechte und Bestrafung der Contractbrüdigkeit.

II.

Die deutsche Gewerbeordnung hatte (§ 152) alle Verbote von Vereinbarungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgehoben, deren Zweck es ist, durch gemeinsame Maßregeln, insbesondere durch Entlastung der Arbeiter oder Einstellung der Arbeit günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Man war sich aber wohl bewußt, daß man damit nicht vors ungerechte und zugleich ihren Zweck verfehlende Verbote und Strafbestimmungen aufhob. Man sah auch die unliebsame Wirkung voraus, daß die den Coalitionen gemähte Freiheit auch ein Machtmittel werden würde, welches zur Vergewaltigung gerade derer genutzt werden könnte, welche an ihren Vereinbarungen nicht Theil nehmen oder ihnen nicht Folge leisten wollten. Es war also notwendig, einem solchen Missbrauche von vorn herein durch besondere Strafbestimmungen entgegen zu treten, zumal die damalige Strafgesetzgebung, wie ja auch das spätere deutsche Strafgesetzbuch (§ 230) nicht auf solche Vergewaltigungen berechnet waren, wie sie von großen Coalitionen oder unter ihrem Schutze geübt werden können. Indes hat die Erfahrung gezeigt, daß auch der § 152 der deutschen Gewerbeordnung seinen Zweck nur unvollkommen erfüllt. Es hat nicht ausgereicht,

als strafbare Mittel, durch deren wirkliche oder versuchte Anwendung Andere zur Theilnahme an Vereinbarungen zum Zwecke von Arbeitsentlassungen oder Arbeitseinstellungen bestimmt, oder am Rücktritt von solchen Vereinbarungen verhindert werden sollte, nur Körperlichen Zwang, Drohungen, Erbverlegerungen und Berufserklärungen“ zu bezeichnen. Der neue Entwurf fügt in seinem zweiten Artikel denselben darüber noch hinzu: „Behinderung in dem rechtsmäßigen Gebrauche von Kleidungsstück, Werkzeugen, Gerät oder ähnliche Mittel“. Auch soll das betreffende Vergehen, „so fern nach dem Strafgesetzbuche nicht eine härtere Strafe eintritt“ mit Gefängnis nicht mehr bis zu drei, sondern bis zu sechs Monaten bestraft werden. Wir bemerken in Betreff der anderweitig angedrohten „härteren Strafe“, daß u. A. schon dann auf Gefängnis bis zu einem Jahre oder auf Geldstrafe bis zu 200 Thalern erkannt werden muß, wenn das Vergehen sich unter die allgemeine Bestimmung des § 240 des deutschen Strafgesetzbuches subsumiret läßt, also wenn eine „widerrichtige Nötigung durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen“ vorliegt.

Wir erwarten nicht, daß die im Vorstehenden besprochene Änderung des § 153 der deutschen Gewerbeordnung von irgend woher eine besondere Anfechtung erfahren wird. Dagegen ist der Inhalt des denselben neu hinzugefügten auf die Bestrafung des Bruches von Arbeitsverträgen sich beziehenden § 153 a. schon vor seiner gegenwärtigen Formulirung mehrfach bestritten worden. Man gab allerdings zu, daß ein absichtlicher Contractbruch zur Erzielung eines besonderen Vortheils eine unmoralische Handlung sei. Aber, von dem unzweifelhaft richtigen Satze ausgehend, daß Handlungen nicht schon um ihrer bloßen Immoralität willen von dem bürgerlichen Geseze unter Strafe gestellt werden dürfen, und daß die Contracbrüdigkeit aus Eigennutz zu den unmoralischen Handlungen gehört, welche nach unserer Gesegebung immer nur civilrechtliche Folgen (Entschädigung des anderen, in seinem Rechte verletzten Contrahenten) nach sich zieht, behauptete man, daß es ungerecht wäre, gerade bei den Arbeitsverträgen eine Ausnahme zu machen. Man mußte zwar zugeben, daß beim Bruch dieser Verträge der verlegte Theil fast ausnahmslos nur dann, wenn es der Arbeitnehmer ist, sich in der günstigsten Stellung befindet, den im Wege des Civilprozesses erstrittenen Schadensersatz von den Vertragten auch wirklich anlangen zu können, während der verlegte Arbeitgeber kaum je auch nur den Verdacht machen wird, gegen den fast immer zahlungsfähigen oder von seinem bisherigen Wohnort weit weggezogenen Arbeitnehmer eine Entschädigungsllage anzustellen. Aber diesgenugachtet blieb man, wenigstens hier und da, mit einer Bähigkeit, die weniger von logischer Consequenz als von blokem Eigeasten zeugt, dabei, daß es um des einseitigen Nutzens der Arbeitgeber willen die Gerechtigkeit verlegen hieße, wenn man zu Gunsten der letzteren ein Ausnahmegeret einführen wollte.

Wir wollen hier nicht besonders erörtern, daß von einem einseitigen Nutzen der Arbeitgeber hier schon darum nicht die Rede sein kann, weil es den Arbeitern ebenfalls und zwar auch wirtschaftlich, nützlich ist, wenn das Gesez, welches sie durch den Arbeitsvertrag sich selbst eben so wie dem Arbeitgeber auferlegt haben, auch für sie nicht bloß theoretisch, sondern auch thatsächlich verbindlich gemacht wird. Wir brauchen auch nicht weiter auszuführen, daß unmoralische Handlungen, die aus anderen Gründen dem Urtheile des menschlichen Richters nicht unterliegen sollten, wenn sie zu einer allgemeinen Gefahr geworden sind oder zu werden drohen, gleichwohl unter Strafe gestellt werden müssen, vorausgesetzt natürlich, daß dadurch die Gefahr voraussichtlich beseitigt oder doch wesentlich vermindert werden kann. Wir constatiren nur, einmal, daß unser Entwurf den Bruch der Arbeitsverträge gar nicht von der Seite seiner Immoralität, sondern nur von dem seiner Gemeingeschäftlichkeit in's Auge faßt. Er bestraf't ihn daher auch nicht als ein Vergehen oder gar als ein Verbrechen, sondern lediglich vom polizeilichen Standpunkte aus als eine schädliche oder gefährliche Handlung, also nur als eine Übertretung, die er nicht einmal mit der höchsten Strafe für Übertretungen (50 R. Geld oder 6 Wochen Haft), sondern nur mit Geldstrafe bis zu 20 R. oder Haft bis zu 14 Tagen bedroht. Wir constatiren ferner, daß das neue Gesez Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollständig gleichstellt, daß namentlich beide, auch wenn sie, was ja bei dem Arbeitgeber immer der Fall sein wird, in der Lage sind, eine Geldstrafe zu bezahlen, dennoch zu einer durch Geld nicht abzulösen Haftstrafe verurtheilt werden können. Wir bemerken noch, daß, da für die ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dasselbe Bedürfnis solcher Bestimmungen vorhanden ist, die Gewerbeordnung aber auf sie nicht angewandt werden kann, in Betreff ihrer ein besonderer den neuen §§ 153 und 153a. gleichlautender Gesetzentwurf dem Bundesrath bereits vorgelegt ist.

Wir bezweifeln die Wirksamkeit auch dieses zweiten Artikels der vorgeschlagenen Novelle zur Gewerbeordnung nicht. Nur müssen wir daran erinnern, daß dieselbe erst dann zu voller Entfaltung kommen wird, wenn unsere Gerichte durch eine neue, das Laienlement nach Gebühr berücksichtigende Verfassung besser als bisher in den Stand gesetzt werden, ein sachfundiges Urtheil auch über sociale Verhältnisse abzugeben. Unser vornehmste Wunsch ist freilich eine gesunde, das Einfachen der Gerichte immer mehr entbehrliech machende Entwicklung dieser Verhältnisse selbst.

Danzig, den 17. Juni.

Die gestrigen Verhandlungen des Reichstages über die formelle Bekämpfung der beiden aus der Initiative des Reichstags hervorgegangenen Preßgesetzentwürfe waren weit interessanter, als das in der heutigen Morgen-Nummer unseres Blattes enthaltene Telegramm es vermuten ließ. Fürst Bismarck hat einmal wieder einen bösen Tag gehabt. Für ihn wirkt eine erregte Debatte vielleicht ganz wohltätig, er kann einmal seiner innersten Natur freien Lauf lassen, sich entschädigen für die Reserve, welche seine Stellung ihm sonst auferlegt. Das offizielle Telegraphen-Büro hat schon die beste Kritik der gestrigen Reden des Reichskanzlers ausgelöst; während es sonst dieselben uns in sehr umfangreichem, nichts Wesentliches verschweigendem Auszuge mittheilt, verbietet es sich jetzt im Interesse des Kanzlers ziemlich schwierig. Die verdiente Behandlung, welche die gesamme Presse, von der

der Brüsseler von der kostbaren Nadelarbeit der Venetianer nur kleinere Stücke aus. Argen, Bolants, Tücher, der Hauptinhalt der Glasschänke bildet die Balenciennerippe, die Klöppelarbeit.

Diese Arbeit aus fadenen Spulen schafft mehr. Das Relieff ist ihr so gut wie ganz versagt, höchstens mag sie den Faden etwas dicker ausschwellen lassen, die Tüllbündnisse ihrer Blätter und Arabesken offener oder geschlossen bilden, das Muster selbst hebt sich nicht, es bleibt auf der Fläche und entfaltet auf ihrer seinen Reichsbild. Die Arbeit der Musterzeichner tritt hier mehr in den Vordergrund. Brüssel hat von jeher auf die Ausbildung dieser Kunst sehr viel verwandt. Nicht jeder Zeichner versteht es, Entwürfe zu Spizieren, zu Shawls und Tüchern zu bilden. Die Feinheit des Stoffes, die Klarheit des Bildes, die Kunst der Arbeit sollen gleichmäßig zur Entscheidung kommen und doch immer Nebensachen bleiben, welche die künstlerische Schönheit des Ganzen nur unterstützen und hervorheben. Früher zeichnete man die sonderbarsten Sachen in diese hauchfeinen Gewebe, der naturalistischen Geschmackswidmung konnte auch die Spize sich nicht entziehen. Davon ist man gänzlich zurückgekommen. Aber gar so strenge Stilgesetze, wie der fest auf dem Boden liegende schwere Teppich, will diese leichte Feingewebe sich auch nicht folgen, da es doch weiß und schleierartig erst durch die untergelegte Farbe seine Folie erhält, zu voller Wirkung gelangt. Die Blumen, das Blatt, die Arabeske bilden die Hauptmotive, möglichst trennen Natur nachgebildete Blumensträuße in Verschlungenen und Bogen von Arabesken werden von dem Compositonstalent der Zeichner zu prachtvollen Ensemble verbunden. Diese Compositonkunst hat sich während der letzten Jahre sehr schön und reich entwickelt, die abgeplatteten Roben, besonders aber die großen Tücher, die breiten Bolants, die tunktaartig getragen werden, sind lebhafte, phantasievolle, prächtige Compositionen, in denen geläuterter Geschmack und feines Verständnis für die Behandlung des eigenhümlichen Stoffes sich offenbaren.

In neuester Zeit gewinnt eine Abart dieser Balencienner Spizen die Oberhand, die Balencienner-Duchesse. Diese Spize à la Duchesse copiert mit Glück die alten, schweren, kräftigen Muster. Die Blumen und Ornamente treten in dichter, fester, un-

Kreuz-Btg.“ (dieselbe hat zwar den Protest nicht unterschrieben, weil ihr einzelne Ausdrücke desselben nicht concurrierten, sie sagt aber, daß sie nicht der Ehre verlustig gehen will, zu den Gegnern des Entwurfs gerechtfertigt zu werden) durch alle Nuancen der conservativen und liberalen Parteien bis zu den Socialdemokraten hin seinem famosen Preßgegentwurfe hat zu Theil werden lassen, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Fürst Bismarck war gestern äußerst gereizt, wie seit langen nicht, sein Ingrimus suchte eine Gelegenheit zur Entladung und fand sie in den äußerst correct und sachlich gehaltenen Ausführungen des Abg. Lasler. Wir bitten, den betreffenden Theil des Kammerberichts genau zu lesen. Alle Reden der Abgeordneten sind in verhältnismäßig ruhigem Tone gehalten, nur der Kanzler allein ist bestig, er will dies aber durchaus nicht gelten lassen und macht seinen Gegnern den Vorwurf der Gerechtigkeit; selbst die ruhigen und sachlichen Worte des Abg. Lasler enthalten für ihn ätzende Saft, wo nicht gar Gift. Wie ganz anders sind und wirken seine Reden, wenn er aus vollster Überzeugung spricht, wenn er sich zu Recht befindet. Dann erhebt er sich zu weilen zu einer Größe, gegen die sein gestriges Auftreten selbst am abstaucht. An dem Mann ist Alles groß, seine Vorzüge wie seine Schwächen. Eine seiner Schwächen ist seine Aufsicht von dem Wesen der Presse, und seine Empfindlichkeit gegenüber den Ausflüstungen derselben. Seine Schwächen werden die von dem Kanzler nicht gerade mit Gunst behandelte deutsche Presse nicht dazu verleiten, seine großen Vorzüge zu vergessen. Andererseits wird die liberale Presse aber auch nicht den Fürsten durch Dick und Dünn folgen, sie wird nach Kräften zu sorgen suchen, daß die Schwächen des großen Mannes nicht zur Schädigung des Landes führen. Der Kanzler wird in der Ausführung seiner Bestrebungen sicher noch von Seiten gehemmt, die sich der Besprechung entziehen, nach oben hin wird ihm seine Stellung noch mehr erschwert, als nach unten hin, und da soll es nun Reichstag und Presse ausbaden. Sein Wahl auch in dieser verlorenen Sache, in der ihm nicht einmal die seine Politik noch am meisten vertretenden Freiconservativen folgen können, ist bewundernswert, er bringt es leider auch durch seine Ausführungen dahin, daß man den Gegenstand verlägt und ihn nicht auf die heutige Tagesordnung setzt. Die Frage wird in dieser Session sicher nicht zum Austrage kommen; was Fürst Bismarck will, kann der Reichstag niemehr genehmigen, und was die Majorität des Reichstages will, wird der Kanzler nicht gutheißen. Aber hoffentlich wird der Reichstag sich doch noch über den Gegenstand unbekütt von allen Rückstücken offen aussprechen, er muß in dieser Session noch ein Votum abgeben, so daß das Land zwischen den beiden sich schroff gegenüberstehenden Ansichten bei den nächsten Wahlen sich entscheiden kann. Fürst Bismarck hat auf die in den Wahlen zum Ausbruch kommende Entscheidung des Landes recurrit, er hat sich auf Diesigen berufen, welche nicht die Preßfreiheit wünschen (hofft er dabei vielleicht hauptsächlich auf die Stimmen der Analphabeten?), sein Wille möge geschehen. Die deutsche Presse aber wird sich ihrer Aufgabe wohl bewußt bleiben, sie wird den Reichskanzler in allen nationalen Fragen unterstützen, sie wird sich aber auch nicht das Recht schmälern lassen,

durchsichtiger Arbeit hervor, dafür hängen sie nur in einem losen Grunde zusammen, der offen erscheint wie die Maschen eines Netzes. Zu Garnierungen farbiger Seidenroben verwenden sich diese schweren Duchesses mit sehr vielem Glück. Sie erzeugen eine große Wirkung von Reichthum und Pracht und zeichnen sich durch ein gewisses antikes Echet aus, welches ja augenblicklich in unserer gesamten Kunstindustrie sehr beliebt ist. Die deutsche Kronprinzenstirn trug bei der Eröffnungseier über himmelblauer Seide eine Tunika von solchen Duchesses, die, wenn auch als Promenadentolle in solchem Heidentum nicht sehr geeignet, nun für sich doch sehr schön ausfah. Bwar lädt sich annehmen, daß diese Duchesses nur ein Kind der Mode bleiben, daß die Damen immer auf echte Points à la vénitienne wieder zurückkommen werden, aber als beliebte Modecomposition gehören diese eigenhümlichen schweren Spizen, deren Muster in schönem Relief auf dem seitlichen Faltenwurf der Robe hervortritt, zum geschmackvollen und prächtigsten, was wir kennen. Außerdem umfaßt das Gebiet der Brüsseler Spizienindustrie auch noch die Applications. Diese Arbeiten sind von bescheidenem Werthe und werden zumeist in Baumwollentäll ausgeführt. Die Dessins, die Blumen, Arabesken, Füllstücke werden in einzelnen Sätzen gesondert gezeichnet und dann auf den Tüllstücke befestigt, welchen sie so zur Spitze umgestalten. Diese Applicationsarbeiten tragen natürlich die Spuren ihres Entstehens, der Compositon wird durch die Technik ganz bestimmte Schranken gestellt; innerhalb dieser, das heißt, wenn man auf durchgehende, organische Componierte Ornamente verzichtet, kann auch dieses Genre sehr Schöne leisten. In allen diesen, in der feinsten venetianischen Handarbeit, in den Balenciennerspizen, sowohl den dichten, festen, als auch den antiken Duchesses, endlich in Applications leisten die Brüsseler Spize Außerordentliches, sie steht an der Spitze des ganzen Fabrikationszweiges, sowohl in Schönheit, Reichthum und Geschmack ihrer Dessins. Das Brüsseler Spizencabinet im Industriepalast gehört zu den interessantesten und schönsten Monumenten der Ausstellung. (Schl. folgt.)

Z Wiener Weltausstellung.

Spizen.

Der feine, spinnwebenartige Flachsäden in seinem natürlichen Silberglanze bildet das Material, aus dem jene kunstvollen Arbeiten gefertigt werden, auf die kaum mehr die Bezeichnung „Industrieprodukt“ anwendbar ist, die man Kunstwerke nennen müßte ihrer wunderbaren Schönheit, der bescheidenen discreten Pracht wegen, mit der nichts einen Vergleich besteht. Brüssel cultivirt die Spizienindustrie seit langer, langer Zeit, so ist das dieselbe eigentlich in ihrer jetzigen Gestalt geschaffen. Die Spizen des späten Mittelalters, die wir heute noch in Museen, oder auf Altären, Webgewändern und alterthümlichen Amtssorten sehen, bestehen weitentheils auch aus Arbeiten der kleinen Klöppel, welche ohne Untergrund das Muster frei nach vorgelegter Zeichnung bilden, allein man beschreibt sie gewöhnlich auf die Art, welche dem Ding den Namen gegeben hat, es waren nur „Spizen“ oder „Kanten“, stichartige Besätze eines Gewandes, einer Decoration, die in gebundener Wiederholung ein einfaches fortlaufendes Muster brachten. Was wir von jenen sogenannten „antiken“ Spizen zu lernen hatten, wohl noch zu benennen haben, das sind ihre Dessins, in denen eine reiche stilvolle Ornamentierungskunst sich ausprach, die wahrscheinlich, oft nach Entwürfen tüchtiger Künstler geschaffen wurden. Anforderungen der Robe, Wechsel des Geschmacks, Laune vielleicht stießen jene schweren Spizen zu Leid, während der verlegte Arbeitgeber und der verlegte Arbeitnehmer auf ihrer Ausbildung keinen Einfluß mehr haben. Und schließlich fügt sich Stück an Stück, Strauß an Strauß, die prächtigen Eckstücke, die umschlingenden Arabesken, der klare Reiseau-Fond einen sich unter der letzten Arbeit der fleißigen Nadel, das Wunderwerk ist vollendet. Meist stellt selbst die verschwenderisch reich ausgestattete Spizen-Collection

seine innere Politik einer freimüthigen Besprechung zu unterziehen, sie wird sich dabei die Freiheit nehmen, jedes Ding bei seinem rechten Namen, oder, wie er selber neulich sagte, schwarz zu nennen was schwarz, weiß was weiß ist. Sollte sie sich dadurch auch ferner noch den Unwillen des Kanzlers erhalten, sollte dieser den Kampf gegen sie weiter fortführen, nun, die Bedeutung des Mannes ist so groß, daß für die Geschichte der Gegenwart, wie sie die Nachwelt aufzählen wird, nur das von Bedeutung sein wird, was ihm glücklich oder unglücklich widerstanden hat; was ihm durch Dick und Dünn folgt, geht in seinem Namen auf.

Aus den gestrigen Reden des Reichskanzlers geht hervor, daß der Kaiser sich nur schwer dazu verstanden hat, das Militärgesetz von der gegenwärtigen Reichstagsession abzuweichen, daß derselbe sich schließlich zur Vertragung der Berathung des Gesetzesentwurfs bis zur nächsten Session durch das Versprechen hat bewegen lassen, daß auch die Berathung der aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Civil- und Preßgesetze gleichzeitig ausgefeiert würde. Gegen die Civilrechte scheint noch immer eine sehr starke Strömung in den oberen Regionen zu herrschen, nur vom Cultusminister nimmt man an, daß er für dieselbe zu wirken entschlossen ist, daß er aber bei seinen Collegen keineswegs nur eine laue Unterstützung, theils aber auch Widerstreben findet. Die Behandlung der mit der Ausarbeitung des betreffenden Entwurfs betrauten Commission durch die Regierung läßt nur die Auslegung zu, daß diese entweder die Civilrechte nicht will, oder daß sie überhaupt jedem Entwurf widerstrebt, der aus der Initiative des Parlaments hervorgeht, daß sie das parlamentarische Recht der Initiative zu den Gesetzen zu verkümmern bestrebt ist.

Die retrograde Strömung, welche in unseren Regierungskreisen sich geltend macht, tritt gleichzeitig, wie wir schon einmal ausführten, in dem Königreich Sachsen zu Tage. Die politische Geschichte Sachens lehrt, daß die hereinbrechende Reaction dort immer mit einem Kampfe zwischen dem Ministerium und der freisinnigen Leipziger Bürgerschaft beginnt. Dieser Kampf, das Symptom jedes bevorstehenden harten Conflictes zwischen zwei politischen Strömungen, einer unfreien und einer freien, ist schon eingetreten. Die Regierung ist mit dem Leipziger Stadtrath in einen offenen Krieg eingetreten, an dem sich bereits nicht bloß die städtische Vertretung, sondern auch die ganze Bürgerschaft Leipzigs beteiligt. Ja, in eben der Sache, wegen deren fest das Ministerium das Hauptorgan Leipzigs, das „Tageblatt“, zu vergewaltigen unternommen hat, wagte Beust nicht, eine Verordnung, die er an alle anderen Stadträthe und Behörden erließ, gerade in Leipzig anzuwenden. Sie blieb dort Geheimnis und ward erst jetzt vom Minister v. Nostiz, in Geltung gesetzt! Es fehlt nun nur noch, daß Nostiz' College, der Cultusminister v. Gerber, sich mit der Leipziger Universität überwirkt, so ist der Conflict nach allen Seiten fertig. Mit dem Dresdener Stadtrath — der sonst nicht leicht nach oben Opposition macht — hat er bereits wegen Nichtbeachtung des freisinnigen Geistlichen Dr. Hanne einen starken Antagonismus zuwege gebracht. Das sächsische Ministerium befand sich bisher der Kammer gegenüber in einer sehr günstigen Position, unbefangene Beurtheiter bezweifeln aber, daß ein gedeihliches Zusammenspielen der Regierung und der Volksvertretung noch möglich sei, wenn das Ministerium nicht noch einlenkt.

In Frankreich verspricht die Angelegenheit Ranc's, des Abgeordneten für Lyon, einst in Tours und Bordeaux Polizeidirector Gambetta's und später Mitglied der Commune, für diese Woche die cause célèbre zu werben. Die Monarchisten wollen mit Ranc zugleich Thiers treffen, man glaubt, sie würden in der Debatte, die heute oder morgen stattfinden soll, Enthüllungen vorbringen, die Thiers schwer gravieren würden, weil er Ranc straflos gelassen hat. Thiers soll sich, wie verlautet, dabei unberechtigte Eingriffe in die Militärjustiz erlaubt haben. Aber wenn die Straflosigkeit Ranc's getadelt werden soll, so trifft die National-Versammlung derselbe Tadel, sie hat die Straflosigkeit im December 1871 durch ihr Votum gebilligt, und Lambrault, der jetzt auf der gerichtlichen Verfolgung besteht, hatte damals dieselben Befreiungen wie heute. Aber das hilft bei den wütenden schwarzen Revolutionären alles nichts, die Clerikalen glauben in ihrer Herrschaft erst dann sicher zu sein, wenn sie erst Thiers unschädlich gemacht haben. Und doch hat von allen lebenden Menschen sich in den letzten Jahren Niemand so viele Verdienste um Frankreich erworben, als eben Thiers. Aber das ist es ja eben, was man an ihm hat.

Deutschland.

△ Berlin, 16. Juni. In parlamentarischen Kreisen unterhält man sich lebhaft von den Vorgängen auf der vorigen Soirée des Fürsten Bismarck. Die Gäste sprachen vielfach mit dem Reichslandrat über das Preßgesetz und hielten nicht mit ihrer abweisenden Stellung dem Entwurf gegenüber zurück. Nach den unumwundenen Anerkennungen des Fürsten wurde angenommen, daß derselbe bezüglich der Autorschaft des Entwurfs sich nicht mit der preußischen Regierung identifiziere. Zwischen den scheinbaren Verathungen des Justizschusses des Bundesraths in etwas zu stocken. Man ist bekanntlich bis zum § 10 des Gesetzes geblieben, eine Fortsetzung der Berathung war bis heute nicht anerkannt. Es verlautet übrigens, daß bei den bisherigen Debatten namentlich die bayerische Vertretung gegen den Entwurf Widerspruch erhoben und mit Erfolg geltend gemacht hat. Jedenfalls wird der Entwurf aus dem Ausschuß in bereits erheblich verändertem Gestalt hervorgehen. — Die Spezial-Untersuchungskommission für die preußische Eisenbahnverwaltung hat ihre Arbeiten nunmehr definitiv abgeschlossen. Der Bericht, welcher jetzt endgültig festgestellt ist, soll am künftigen Freitag durch den Vorsitzenden, Oberpräsident der Provinz Posen Günther, dem Kaiser persönlich überreicht werden. Am Sonnabend fehrt der Oberpräsident auf seinen Posten zurück. — Der rühmlich bekannte Gefangene und Solosänger des königlichen Domhofs, Herr Rudolf Otto, hat jetzt seine Berufung als ordentlicher Lehrer an der akademischen Hochschule für ausübende Tonkunst erhalten und sein Amt vor Kurzem angetreten.

— Die von vielen Blättern, auch dem unsrigen, mitgetheilte, der „A. A. B.“ entlehnte Notiz, daß von der preußischen Regierung in der Strafprozeß-Kommission vorgeschlagen worden, daß nur ein rechtsgelehrter Richter in den Schöffengerichten sitzen

solle, ist, wie man der „Sp. Btg.“ von competenter Seite mittheilt, unrichtig. Die preußische Regierung ist eben so wenig wie eine andere Regierung in jener Commission vertreten, die Mitglieder derselben sind als deutsche Juristen berufen und sind an Instanzen ihrer Regierung eben so wenig gebunden, wie sie dieselben vertreten. Die preußische Regierung hat daher diesen Vorschlag nicht machen können und nicht gemacht.

Frankfurt a. M. Die beiden hiesigen national-liberalen Blätter: „Deutsche Presse“ und „Frankfurter Presse“ werden mit dem 1. Juli d. J. vereinigt unter dem Titel „Neue Frankfurter Presse“ erscheinen.

Strasburg, 16. Juni. Der frühere Biegeordnete Imlin, welcher von seiner schweren Krankheit wiederhergestellt ist, hat an den die Mairie verwaltenden Polizeidirector Bad ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, daß durch den Rücktritt des Maire auch die Stellen seiner Abjuncten sich erledigen, da der erste die Abjuncten zu einer rein persönlichen Wirkungsvereinigung selbst erwähle. Seine übrigen drei Collegen hätten dies Verhältnis verkannt und hätten weiter fungieren wollen, dieselben hätten daher auch vom Bezirkspräsidenten abgelehnt werden können. Er für seine Person betrachte sich seit dem Rücktritt des früheren Maire Lauth nicht mehr berechtigt, die Stellung eines Abjuncten zu bekleiden.

Schweiz.

Zürich, 13. Juni. Von den an hiesiger Universität studirenden Damen aus Russland folgen nur zwei dem Gebote des grobmächtigen Zaren nicht, die anderen aber, etwa hundert, werden unsere Hochschule verlassen. Doch sind auch diese nicht gewonnen, nach Russland zurück zu lehren, sondern nur auf andere Universitäten zu gehen, Paris, Jena etc. Eine zwei Damen, welche allein zurückbleiben, sind aus Bessarabien. Sie sind reich und nicht auf Anstellung durch die russische Regierung im Lehr-, Erziehungs- oder Medicinalfach angewiesen. Da die Motive des Utrahs eine große Belästigung der hiesigen Universität involviert — es wird in ihnen von verbrecherischen geburtsklinischen Studien gesprochen — so haben sich nicht nur die hier studirenden Mediciner berathen, ob sie die Zumuthung ruhig hinnehmen wollen, mit Frauen zusammen studirt zu haben, wie sie von der russischen Regierung geschildert werden, sondern der Senat hiesiger Universität hat beschlossen, durch den Bundesrat energischen Protest gegen einige der erhobenen Anschuldigungen einzulegen zu lassen. Da dies auf diplomatischem Wege geschehen mög und daher bis zur Veröffentlichung des Protestes einige Zeit verstreichen wird, so soll schon vorher eine Erklärung im Amtsblatt erlassen werden.

Solothurn, 16. Juni. In der gestern stattgehabten, von ungefähr 30,000 Personen besuchten, Volksversammlung wurden sämtliche Anträge des Centralausschusses einstimmig angenommen.

England.

London, 15. Juni. Heute ist bereits der 38. Sitzungstag in dem Meineidsprozeß gegen den Tickborne-Präfendenten, ohne daß die Verhöhnung der Belastungszeugen, die durchweg höchst ungünstig für den Angeklagten aussagen, erschöpft ist. Gestern erschien der Generalstaatsanwalt, um von dem Gerichtshof die Verfolgung zweier den Prozeß betreffenden Preßzeugen zu verlangen. Das erste ist ein Brief des treuen Kämpfers für den Angeklagten, des Parlamentarienthebels Guildford Onslow. Dieser hat eine Buschrift an zwei Blätter in Leeds gerichtet, in der er eine Anzahl von Belastungszeugen des Meineides beschuldigt. Beide Blätter werden sich dem Gerichtshof zu stellen haben, der, wie der Vorsitzende derselben verklärt hat, entschlossen ist, sehr strenge jeden Versuch zu ahnden, der gemacht werden sollte, die Meinung der Geschworenen zu beeinflussen. Das zweite Preßzeugnis, das angeklagt wird, ist eine Satire auf den Angeklagten, welche in den Straßen von London verkauft ist.

Frankreich.

Paris, 14. Juni. Die monarchischen Parteien leeren die Schalen ihres Hohnes über die ruhige Haltung der Republikaner aus, die sie ironisch als „Ruhe der Kraft“ bezeichnen. Sie sagen aber damit das Richtige, ohne es zu meinen. Die republikanische Partei — schreibt man der „A. B.“ — fühlt sich stärker als jemals. Ranc, gegen den man jetzt gerade wegen seines großen Talents für die Verwaltung so erbittert ist, hat es verstanden, die Organisation dieser Partei zu verbessern, so daß sich jetzt eine ganz zuverlässige Übersicht über die Stimmen gewinnen läßt, welche zur Republik halten. Man weiß jetzt genau, auf wie viele Stimmen die Partei in jedem Canton Frankreichs zählen kann. So groß ist aber der Fortschritt des republikanischen Gedankens, daß im Süden z. B., wenn man eine gerade Linie von Lyon nach Bordeaux zieht, alles, was zwischen dieser Linie und der südl. Grenze liegt, sich zu einem Republikanismus bekennt, den man als einen sehr weit vorgeschrittenen bezeichnet kann. Gambetta äußerte neulich, so lange das Schicksal der politischen Einrichtung Frankreichs von der freien Abstimmung des Bürgers abhänge, könne man des Triumphes der Republik sicher sein. „Vergeblich“, meinte er, „werden die Monarchisten versuchen, das allgemeine Stimmrecht zu beschneiden. Mögen sie dasselbe einschränken auf die, welche das 25. Jahr erreicht oder überschritten und ein dreijähriges festes Domicil haben, so wird doch die Republik stärker sein als sie.“ Die ersten Führer der Partei sind also überzeugt, daß nur die Unterdrückung des allgemeinen Stimmrechts die Republik unterstützen könnte. Wenn sich Legitimisten und Orleanisten über einen solchen Gewaltstreit verständigen sollten, so würden schon die Bonapartisten sich dagegen stemmen müssen. Aber die Thätigkeit der Republikaner ist bei aller äußerlichen Ruhe sehr bedeutend, um bei den nächsten Wahlen mit gefärbter Kraft für ihr Ziel einzutreten. Der Bund zwischen den Republikanern und den Gegnern des Jesuitismus ist geschlossen, und hat derselbe in der gegenwärtigen Kammer die Minorität, so zählt er um so mehr Anhänger im Lande. Das wird ein wesentlicher Zug in dem bevorstehenden Kampfe sein. Seitdem man Heinrich V. für die Sache der päpstlichen Unfehlbarkeit gewonnen hat, ist der legitimistische Adel für immer an die Abgeschmacktheiten des jesuitischen Systems geschiedet. Das aber muss ihm den Todestrieb geben. So rechnen wenigstens die Führer der republikanischen Partei.

— Die „Allg. Btg.“ meldet: „Unter dem Ruf: „Vive la roulette!“ haben die Bonapartisten die Broglie'sche Regierung der religiösen und sozialen Wiederbelebung Frankreichs, die Mac Mahon'sche Missionenpubl., begrüßt. Schon am 26. Mai überreichten sie dem Marschall eine Petition aus Ax-les-Bains um Errichtung einer Spielbank. Der Marschall empfahl die Petition dem Herzog von Broglie, welcher sie, als Concurrentfrage gegen die deutschen Tuorte, dem Kammerausschuß empfahl. Die Bonapartisten errichten ein Syndicat sämtlicher französischer Tuorte, welches eine Sturm-petition um die Freiheit der Spielbanken unternehmen soll. Unter der „unstiftlichen Regierung“ des Hrn. Thiers, dessen conservativer Unabhängigkeit im Broglie'schen Umlaufschreiben als Erklärungsgrund der Besailler Gegenrevolution angeführt wird, war schließlich von einer solchen Diffamation des Landes keine Rede mehr gewesen.“

— Die „Allg. Btg.“ meldet: „Unter dem Ruf:

„Vive la roulette!“ haben die Bonapartisten die Broglie'sche Regierung der religiösen und sozialen Wiederbelebung Frankreichs, die Mac Mahon'sche Missionenpubl., begrüßt. Schon am 26. Mai überreichten sie dem Marschall eine Petition aus Ax-les-Bains um Errichtung einer Spielbank. Der Marschall empfahl die Petition dem Herzog von Broglie, welcher sie, als Concurrentfrage gegen die deutschen Tuorte, dem Kammerausschuß empfahl. Die Bonapartisten errichten ein Syndicat sämtlicher französischer Tuorte, welches eine Sturm-petition um die Freiheit der Spielbanken unternehmen soll. Unter der „unstiftlichen Regierung“ des Hrn. Thiers, dessen conservativer Unabhängigkeit im Broglie'schen Umlaufschreiben als Erklärungsgrund der Besailler Gegenrevolution angeführt wird, war schließlich von einer solchen Diffamation des Landes keine Rede mehr gewesen.“

— 15. Juni. Der frühere Präsident Thiers begab sich heute Nachmittag auf die deutsche Botschaft, um von dem Botschafter Graf Arnim Abschied zu nehmen. Legationsrat Graf Wedelhain ist heute Morgen von Rom hier eingetroffen und hat die Leitung der Geschäfte auf der deutschen Botschaft übernommen. Graf Arnim trat heute Abend seinen Urlaub an, derselbe begiebt sich nach Karlsbad.

Italien.

Rom, 15. Juni. Die Kaiserin von Russland und die Großfürstin Marie sind heute nach Genoa abgereist.

— 16. Juni. Die Kammer genehmigte definitiv das Budget der öffentlichen Arbeiten pro 1873 und wird sich morgen darüber schlüssig machen, ob es für nothwendig zu erachten sei, die Berathung über die Finanzgesetzvorlagen noch vor Beginn der Ferien zu Ende zu führen.

Spanien.

Madrid, 15. Juni. Die Majorität der konstituierenden Nationalversammlung trat heute zu einer Konferenz zusammen und beschloß, die „Constitutionelle Commission“ aus 12 von der Versammlung und zwar aus der Majorität und der Minorität derselben gewählten Mitgliedern und aus 13 Vertretern der künftigen einzelnen Föderativ-Bundesstaaten zusammenzusetzen. Castlar's Ansucht zu folge soll Spanien in folgende Einzelstaaten zerfallen: Portoriko, die kanarischen Inseln, die balearischen Inseln, Katalonien, Aragonien, Navarra und Biscaya, Valencia und Murcia, Neu-Castilien, Alt-Castilien, Galizien, Ober- und Unter-Antabulus, Estremadura, Cuba und die Philippinen. Dieselbe Versammlung der Majorität einigte sich dahin, am Dienstag Morgen zu einer vorläufigen Abstimmung über die zu wählenen Mitglieder der constitutionellen Commission zusammenzutreten und die definitive Wahl in einer öffentlichen Sitzung an demselben Tage vorzunehmen. (W. T.)

Numäntien.

Bukarest, 16. Juni. Fürst Karl reist am Donnerstag den 13. d. M. nach Wien und wird sich alsdann von dort nach Deutschland begeben.

Amerika.

Die Einwanderung von Chinesen in California nimmt stetig zu und in diesem Jahre sind bereits etwa 10,000 in S. Francisco angelkommen. So viele Chinesen sind in dem entsprechenden Zeitraume noch niemals gelandet. Ein kalifornisches Blatt glaubt annehmen zu dürfen, daß etwa 30,000 solcher Einwanderer in diesem Jahre ankommen werden. Die Chinesen, sagt das Blatt hingegen, sind nicht auch andere Beschäftigung als bloß kriechische. Sie fangen an, in den Handwerkerkreisen sowie in Kaufmännischen gute Aufnahme zu finden. — Bis jetzt hat die See 428 Leichen, welche zu dem verunglückten „Atlantic“ gehörten, wiedergegeben, und noch 118 fehlen. Die Wegschaffung der Ladung nimmt ihren Fortgang. Die geretteten Güter werden nach Halifax geschickt und von dort nach New York.

Der mexicanische Congress hat bezüglich der Trennung zwischen Staat und Kirche ein wichtiges Gesetz angenommen. Die fünf Paragraphen desselben bestimmen, daß keine Religion vom Staat weder unterstützt noch unterdrückt werden solle; daß die Kirche nur als ein Civilvertrag betrachtet werden und nur dann gültig sein solle, wenn der Vertrag in Gegenwart der betreffenden Beamten unterzeichnet und registriert worden ist; daß eine religiöse Gesellschaft keine Corporationsrechte haben; daß ein mexikanischer Bürger nicht einer bestimmten Religion angehören müsse und daß ein Zeuge vor Gericht nicht zu einem Eide genötigt werden solle. Die Ultramontanen arbeiten schon für die Aufhebung dieses Gesetzes, und es heißt, daß der Präsident Lerdo de Tejada, ein eisriger Katholik, ihnen hierin behilflich sei.

Pr. Hollanb., 16. Juni. Zum Königsberger Pferdemarkt hatte Graf S. Rauten für Quittainen vier junge aus englischen Ställen von einem arabischen Vollbluthengst gezogene Pferde ausgestellt, die nicht allein durch ihre Schönheit, sondern auch durch die vorsichtige Haltung allgemeine Bewunderung erregten. Es waren dies zwei einjährige Vollblut-Hengststuten, eine einjährige braune Stute, welche prämiiert wurde und eine dreijährige braune Stute. Baron von Gichtau auf Rubowitz bei Pleß in Schlesien kaufte die beiden Hengste und zwar die beiden Jüngste für 750 R. und die beiden Braunes für 1700 R. und wird dieselben in Wien ausstellen.

* Der Gymnasiallehrer Dr. Romahn in Conitz ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Strasburg (Wpt.) berufen worden.

Königsberg, 16. Juni. Unter den in Brüsterort bei der Bernsteinfischerei beschäftigten Lauchern ist gestern eine Revolte ausgebrochen. Die Leute haben Alles demoliert und überwältigt, auch die zur Hilfe herbeigerufenen Gendarmen. Da die Wut der Lumutanten nicht zu bewältigen möglich und das Schlamm zu beschützen war, wandte sich der dortige Geschäftsführer, um Hilfe bitten, per Telegraph hierher, infolge dessen sofort mittels Extrajuges eine Compagnie Infanterie nach Tschichowen befördert wurde, welche von da auf Wagen nach Brüsterort weiter geschickt wurde, um dort selbst die gestörte Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Der Leiter wurde ebenfalls unterfuchtet. Beide Überläufer wurden an den Händler D. verkaust zu haben. Leichter wurde ebenfalls verhaftet und leugnete anfanglich den Kauf ab, räumte folchen aber später ein, nachdem 2 der von ihm gekauften Krähe bei ihm vorgefundene waren.

* Die Gymnasiallehrer Dr. Romahn in Conitz ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Strasburg (Wpt.) berufen worden.

Königsberg, 16. Juni. Unter den in Brüsterort bei der Bernsteinfischerei beschäftigten Lauchern ist gestern eine Revolte ausgebrochen. Die Leute haben Alles demoliert und überwältigt, auch die zur Hilfe herbeigerufenen Gendarmen. Da die Wut der Lumutanten nicht zu bewältigen möglich und das Schlamm zu beschützen war, wandte sich der dortige Geschäftsführer, um Hilfe bitten, per Telegraph hierher, infolge dessen sofort mittels Extrajuges eine Compagnie Infanterie nach Tschichowen befördert wurde, welche von da auf Wagen nach Brüsterort weiter geschickt wurde, um dort selbst die gestörte Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Der Leiter wurde ebenfalls unterfuchtet. Beide Überläufer wurden an den Händler D. verkaust zu haben. Leichter wurde ebenfalls verhaftet und leugnete anfanglich den Kauf ab, räumte folchen aber später ein, nachdem 2 der von ihm gekauften Krähe bei ihm vorgefundene waren.

* Nach einer neuzeitlichen Verfassung des Justizministers sollen nunmehr auch Referendarien, die über 18 Monate im Justizdienste thätig sind, mit Rücksicht auf den immer empfindlicher werdenden Mangel an Richtern und Assessoren zur Vertretung von Richtern verwandt und zu diesem Zwecke sogar an andere Gerichte, als an denen sie beschäftigt sind, committiert werden können.

* Amstalter Mittheilung aufgezeigt ist auf dem Leuchtturm zu Wangerooge eine Signalstation eingerichtet und seit dem 15. v. M. dem Betriebe übergeben, welche gemäß den Bestimmungen des internationalen Signalbuches, sowohl mittels Flaggen als Fernsignale Depeschen mit passirten Schiffen wechseln kann.

* Mit den nächsten Seesteuermanns-Brüderungen für große Fahrt wird bei der hiesigen Kaufmannsschule am 16. August d. J. in Memel am 29. August, in Pillau am 8. September begonnen werden.

* Dem Oberrabbiner von Palästina, Hrn. A. B. Cohen, ist vom dem Oberpräsidenten die Erlaubnis ertheilt worden, bei den jüdischen Glaubensgenossen der Provinz Beiträge zur Gründung eines Hospitals und Errichtung einer jüdischen Schule in Safed in Palästina zu sammeln zu lassen.

* In der getragenen Generalversammlung des Bildungs-Vereins stand die Neuwahl des Vorstandes und Verwaltungsraths für das nächste Vereinsjahr statt. Nachdem in der Vorversammlung am 9. d. J. sowohl der bisherige Vorsitzende wie der bisherige Schriftführer eine Wiederwahl aus Gesundheitsgründen abgelehnt hatten, wurden zum Vorsitzenden der Malermeister Ahrens, zum Schriftführer Hr. Bureau-Assistent Stein neu gewählt, zum Kassenführer Hr. Warna abgewählt. Die Wahl der übrigen zehn Vorstandsmitglieder fiel auf die Hh. Uhrenmacher Janzen, Maler Moews, Schlosser Reinhardt, Bureau-Vorsteher Weide, Gürtler Morts, Lehrer Gebauer und Krahl, Bureauarbeiter Tillmann, Kaufmann Arndt und Schuhmacher Bruhns. Das Resultat der Wahl des Verwaltungsrates konnte nicht mehr festgestellt werden und wird die Verlängerung erst am nächsten Montag, an welchem der Verein trotz des Johannistages keine Sitzung abhalten wird, erfolgen. — Das Stiftungsfest soll am 5. Juli in gewohnter Weise begangen werden.

* Der hiesige Gartenbau-Verein hat beschlossen, den Kunst- und Handelsgärtner Hrn.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau Therese, geb. Dösser, von einem tüchtigen Jungen glücklich entbunden. Dies zeigt Freunden und Bekannten ergebenst an.

Bernhard Fuchs.

Danzig, den 17. Juni 1873.

Die Verlobung unserer Tochter Marie mit Herrn Hermann Schimanski in Braut beeindruckt uns hiermit Freunden und Verwandten ergebenst anzusehen.

Gr. Zündkerze, 15. Juni 1873.

J. J. Spode und Frau.

Am 12. d. M. starb nach längerem Leid im Steinhaus zu Wernersdorf bei Marienburg, unser geliebter Sohn, Bruder, Schwager, Neffe und Cousin, der Pfarrlehrer

Eduard Kloß

aus Elbing, was hiermit tief betrübt anzeigen die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

In der Auguste-Bederchen-Concurs-Sache ist der Kaufmann Adolph Hass zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Danzig, den 18. Juni 1873.

Kgl. Stadt- und Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Zufolge Besfügung vom 26. d. M. ist die in König bestehende Handelsniederlassung des Apothekers Ernst Schulze eben-dasselb unter der Firma

E. W. Schulze

in das diesseits Firmenregister unter No. 107 heute eingetragen.

König, den 29. Mai 1873.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Mélanie,

Gr. Brillant-Walzer für Pfeife von Anselm Luba, 19 Rgt.

bei H. Kohlke, Musikhandlung, 74 Langgasse.

Ich wohne nach wie vor Langgasse 83.

A. Deusing,

Sabauarzt.

Mathes-Heringe

in vor. Qualität empfiehlt Mr. Klein, Heiligegeistgasse 1 (Godenhofer).

Amerik. Schweinschmalz vorzügl.

Qualität empf. Mr. Klein.

Amerik. Speck, in Kisten von ca. 500 Pfund, amerik. Schmalz in Fässern von ca. 300 Pfund, prima Qualität, versteuert auch unversteuert, empfiehlt

Herrmann Schmukal,

Langgarten 34,

neben dem Gouvernementshause.

Geräuch. Speckflundern,

Snitzkohle, fette Räucherlachs, fr. mar. Lachs, Ale, russ. Sardinen u. Angovis in Öl, Tönnen, Perkavar, frisch mar. Kal-Bretzen u. Bratheringe in 1/4, 1/2 Schodl., lebende gr. Krebs-, sowie frische Steinbutten, Karpfen, Bresen, Seezander, Hechte, Ale, Dörche u. verendet unter Nachnahme Brunzen's Seefisch-Handlung, Fischmarkt 38.

Reisestiefel,

Promenadenstiefel,

Gesellschaftsstiefel,

Luxusstiefel

für Herren und Damen, sowie jedes Geschlecht in

Kinderstiefeln

empfiehlt in größter Auswahl

das Wiener Schuh-

Waaren-Depot

W. Stechern.

Stoff- und

Hut-Fabrik

von

Rudolph Moch

Heiligegeistgasse 35,

nahe der

Korlemachergasse.

Echtes Dalmatiner

Insectenpulver,

Sendung diesjähriger Ernte, empf. in Schachteln wie ausgemogen zu den billigen Preisen

Hermann Viehan, Holzmarkt 22,

Drogerie- u. Apoth.-Waaren-Handl.

Von 10 Thlr. à Mille fein aromat. Cigarren, w. von 10—30 Rgt. importirt bis 80 Rgt. lief. d. glebt abg. die Fabrik Holzgasse 12. Franz Feichtmayer.

Mehlsäcke.

N. T. Angerer.

Allen Müttern kann das einig bewährte Mittel Dr. Gerbig's Bahnhalständer und Verlen, Kindern das Fahnen leicht und schmerlos zu fördern, nicht genug empfohlen werden. Preise à 10 und 15 Rgt.

Depot bei Franz Jantzen, Hundeg. 38.

C. A. Lotzin Söhne,

14. Langgasse 14,

Leinen-Handlung u. Wäsche-Fabrik,

empfohlen nach neuem französischem System gearbeitete

Oberhemden,

welche sich durch tabelloses Sitzen, selbst für die unregelmäßigste Figur auszeichnen.

Ferner das durch den Vorzug des bequemen Anziehens jetzt so beliebte

Rockoberhemde,

nach gleichem Schnitt gearbeitet.

Kragen, Manschetten u. Chemisette,

sowie ein in allen erscheinenden

Neuheiten

stets assortiertes Lager von

Herren-, Damen- und Kinderwäsche.

Wollene Schlafläden, weiß und farbig, Reisedecken, Plaids, Sommer-Unterkleider, Leibbinden empfiehlt

F. W. Puttkammer.

Richard Garrett & Sons in England.

Locomobilen, Dreschmaschinen, Pferdehacken, Drills, Guano-Streu-Maschinen.

Coleman'sche Cultivatoren

neuester Construction,

Lager von Reservetheilen

empfiehlt der General-Agent von Richard Garrett & Sons,

A. P. Muscate,

Danzig und Dirschau.

Hypothekenbriefe

der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank.

Die Pommersche Hypotheken-Actien-Bank hat uns den Verlauf der auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 1. October 1866 emittirten

4½ % unländlichen Hypothekenbriefe, rückzahlbar mit 110 %;

5 % " " 110 %;

5 % pari

übertragen und empfiehlt wir dieselben als solide Kapitalanlage.

Die den Hypothekenbriefen als Unterlage dienenden Hypothekenforderungen liegen innerhalb der von der Königl. Preußischen Staatsregierung vorgeschriebenen sehr engen Beleihungsgrenze (20facher Grundsteuer-Reinertrag, 2/3 der landständischen Taxe).

Der von der Staats-Regierung ernannte Staats-Commissionarius und die vom Curatorium der Bank gewählte Revisions-Commission überwachen die statutenmäßige Geschäftsführung.

Gefündigte Preußische Staats-Anleihen werden ohne Abzug in Zahlung genommen.

Die Einlösung der halbjährigen Binscoupons, sowie die Auszahlung der ausgelosten und gefündigten Hypothekenbriefe der Bank findet bei uns und zwar für die am 1. Juli fälligen Coupons vom 26. d. s. ab Kostenfrei statt.

Bur Etteilung jeder Auskunft sind wir gern bereit.

Danzig.

Baum & Liepmann,

Bankgeschäft,

Langenmarkt No. 20.

Hamburgische Börsen-Halle.

Organ 1. Ranges für Finanz- und Assecuranzwesen,

Handel, Schiffahrt und Politik.

Täglich in zwei Ausgaben erscheinend.

Abonnements-Preis pro Quartal Thlr. 4.—.

Inserate werden tarifmäßig billigst berechnet.

Ausverkauf.

Der Verkauf meines Hauses veranlaßt mich, mein Herren-Garderobe-Geschäft aufzugeben resp. auszuverkaufen. Das vollständig sortirte Lager werde ich, daß das Local bald räumen muß, für jeden nur annehmbaren Preis im Ganzen wie im Einzelnen abgeben.

W. Kokosky,

Kohlen- und Holzmarkt-Ecke.

Das Möbelmagazin Langenmarkt 2

vis-à-vis der Börse,

empfiehlt um das Polsterwaren-Lager während der Sommermonate zu verkleinern, alle Gattungen von Sofas, Fauteuils, Polsterstühlen vv. zu herabgesetzten Preisen.

Da ich sämtliche hierher gehörige Gegenstände selbst fertige, bin ich im Stande, vollständige Garantie für die Güte des besten Materials und der vorzüglichsten Arbeit zu leisten.

NB. Mahagoni-Sofas mit Damast- und Leder-Bezügen 20 und 21 Rgt. Caufen in Rips- und Plüschezügen zu billigen Preisen. Federmatratzen in Leinen und Drell, 8½ bis 9 Rgt. Billige, einfache Möbel für Sommerwohnungen vorrätig.

Otto Jantzen,

vormals: H. A. Paninski & Otto Jantzen.

Avis

für die Herren Maler.

Glutenin,

eine auf chemischem Wege hergestellte, leimartige Flüssigkeit, zum Zufog von Leimfarben, erlaubt das lättige Grundieren mit Seifenlösung und verhindert das häufig vorkommende Abhängen und Abschwärzen der Bissellen zu stark aufgetragenen Leimfarben.

Ich empfehle diesen Artikel, welcher sich billiger stellt als Leimzusatz, angelehnzt zu solidem Preise.

Friedrich Groth, 2. Damm No. 15.

Schöne lange Kief. Dachstöcke für Gutsbesitzer, wie auch Bohnenstöcke sind billigst käuflich Stadtgebiet 28 bei Danzig.

Privat-Fuhrwerk täglich zu haben Holzgasse 23, Posthalterei.

Altes Kupfer, Messing, Zinn u. Blei kaufen zum höchsten Preise Victor Kleemann, Metall-Waren-Fabrikant, Breiteg. 104.

Ein kupferner Destillirapparat mit zwei Becken nebst Kohlen-Cylinder, 200 Liter groß, neuester Construction, gut erhalten, steht billig zum Verkauf. Besichtigen ersuchen das Nähere unter 1441 in der Exped. d. Sta.

Ein adliches Gut 14 Meile von Königsberg i. Pr. 1 Meile von der Chaussee, Areal 10 Hufen, oben 670 Morgen, magdeb., davon 200 Morgen, Wiesen, 20 Morgen, Wald, Rest Ader, 67 Rgt. 15 Rgt. Grund u. Gebäude, Inventar 14 Pferde, 25 Milchkühe etc., Krugpacht 300 Rgt. soll für 38,000 Rgt. bei 8000 Rgt. Anzahlung, verkauft werden durch

Th. Kleemann in Danzig, Brodbänkengasse 34.

Neue und gebrauchte Sättel und Räume sowie Damen-Sättel offerirt F. Sczersputowski j., Reitbahn 13.



Ein complet gerittenes Pferd, 5½, 7 Jahr, steht in meinem Reittalle zu verkaufen.

F. Sczersputowski jun.,

Reitbahn 13.

Ein beabsichtigte ein Grundstück in Gr. Schliewitz bestehend aus Gasthaus, Stall u. Garten zu verkaufen. Nähe auf schriftliche Anfragen.

Wallerand,

Kaufmann.

Eine elegante Bahnhofs-Droschke steht Fleischergasse 89 zum Verkauf.

Für die Provinzen Ost, West preuen und Pommern suche ich einen soliden und fleißigen Reisenden.

Bewerber mögen sich unter Angabe ihrer früheren Thätigkeit zunächst schriftlich melden.

C. L. Wissmann,

Weingroßhandlung,

Stettin.

Zum 1. Juli findet eine tüchtige Directrice für ein Bürgeschäft in Pr. Stargardt Stellung.

Gef. Offerten bitte unter K. W. postreste Pr. Stargardt einzulenden.

Die geehrte Dame aus Hammermühle bei Marienwerder w. geb. mit ihren Namen einsenden zu wollen. J. Danz, Jopeng. 48.

Deutsche Lotterie, Lose à 1 Rgt. Hanoverische Pferde-Lotterie, Lose à 1 Rgt. Stralsunder Pferde-Lotterie, Lose à 1 Rgt. Schleswig-Holstein. Lotterie (Siedlung d. 5. Kl. d. 18. Juni c.) Kaufloose à 3 Rgt.</

Beilage zu Nr. 7954 der Danziger Zeitung.

Danzig, den 17. Juni 1873.

Reichstag.

53. Sitzung am 16. Juni.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung des Gesetzes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 4. Juli 1868 im Königreich Bayern. Abg. Dr. Bamberger: Bei der jetzigen Geschäftslage will ich keine grundsätzliche Discussion über die Frage anstrengen, sondern nur den Vorbehalt machen, daß mit der Annahme des Gesetzes dem Prinzip der Weggefährdeten der nicht solidarischen Genossenschaften nichts vergeben sein soll, und eine Motivierung derjenigen, die mit mir meinen, daß eine solche Vorlage bisher nicht eingeführt werden wäre, hier zu Protokoll zu geben. Ich will die Principienfrage, ob Genossenschaften auch ohne Solidarhaft bestehen können, heute nicht in Anregung bringen. Ich beschränke mich darauf, zu dokumentiren, daß im Leben und in der Wissenschaft eine Meinungsbereinstimmung in dieser Frage nicht besteht. Auch die Motive erkennen nicht an, daß die Genossenschaften ohne Solidarhaft verfehllich seien; sie stützen sich einzig auf die Ansicht, die bayerische Gesetzgebung mit der Reichsgesetzgebung in Einklang zu bringen. Ein solches Vorhaben wird auf meiner Seite keine Gegnerfahrt finden. Die bayerische Gesetzgebung hat das Genossenschaftswesen vollständig im Einklang mit dem norddeutschen Bunde geordnet; die Abweichungen sind nur untergeordneter Art, daß sie einen gesetzgeberischen Act kaum rechtfertigen. Die heutige Vorlage beweist aber etwas Anderes. Es können nämlich in Bayern auch nicht solidarisch verhaftete Genossenschaften existieren und begründet werden. Meines Erachtens besteht kein Grund, im Interesse der Uniformität diese Bestimmung zu unterdrücken und vereinst durch die deutsche Gesetzgebung wieder hinein zu führen. — Abg. Schulze: Die Frage der Haftbarkeit ist häufig, besonders in England vertreten worden. Denjenigen, welche Praxis und Erfahrung für die beschränkte Haft in Anspruch nehmen, stelle ich meine Erfahrungen entgegen. Von den bayerischen Genossenschaften hat sich trotz der Zulassung der beschränkten Haftbarkeit die größte Mehrzahl für die solidarische, nur die Dreschmaschinengesellschaften haben sich für die beschränkte Haftpflicht ausgedrückt. Von Erfahrung kann man nur in England sprechen, wo viele Jahre lang die beschränkte Haftpflicht in Geltung war. Das hat zur Folge gehabt, daß von 1857 eingetragenen Genossenschaften 1870 406, also beinahe der dritte Theil, aufgelöst waren. Wenn man Kapital- und Personalgenossenschaften vermischte und die eine in die andere verwandeln will, so schafft man eine wirtschaftliche Carricatur, man schafft eine Capitalhaft ohne Haftkapital. So lange ich noch einen Finger rühren kann, werde ich mich dem als beauftragter Vertreter der Genossenschaften widersetzen. Lockern Sie im Interesse der Gesundheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit und Haftbarkeit nicht; alle wirklich verständigen Männer werden Ihnen dabei entgegentreten. — Abg. Dr. Bamberger: Ebenso wenig wie es sich empfiehlt die solidarischen Genossenschaften zu verbieten, kann es sich empfehlen die nichtsolidarischen zu verbieten. — Abg. Schulze: Weshalt hat man denn die solidarische Haft in Österreich, in Bayern und in Sachsen überhaupt zugelassen? Wenn man die Gründe liest, wie sie in den Verhandlungen stehen, so sprechen diese unbedingt gegen die solidarische Haft. Man hätte also bloß die beschränkte Haft zulassen müssen, wenn man consequent gewesen wäre. Aber die Thatsachen waren ein Stein des Anstoßes, aber die konnte man nicht hinwegkommen. So hat man einen Zwitter geschaffen, indem man die Wahl der Bevölkerung zuläßt. Das ist gegen die Interessen des Publikums; das ist in der Gesetzgebung noch nie da gewesen, etwas absolut Verkehrtes. — Bayerischer Minister Dr. Fäustle: Der vorliegende Entwurf verbandt seine Initiative zahlreichen Petitionen, die aus dem Schoße der bayerischen Genossenschaften an das hohe Haus gelangten und sich für die Einführung des norddeutschen Gesetzes in Bayern aussprachen. In Bayern ist die überwiegenden Mehrzahl aller Genossenschaften solidarisch haftbar, nur für wenige gilt die beschränkte Haftpflicht, wie z. B. für die Dreschmaschinen- und für einige Consumentvereine. Dann schien es ungemäßigt, noch länger in einer Sonderstellung zu behaupten auf einem Gebiete, wo der Zug der Zeit dahin geht, Alles zu befördern, was dazu dienen kann, die Solidarität der artiger Unternehmungen zu verstärken. Ferner ging man von der Erwägung aus, daß eine Lösung der Frage nur durch Reichsgesetzgebung möglich sei: eine Verschiedenheit der Partikulargezeggebung würde die Lösung nur erschweren. Das bestehende Recht soll in keiner Weise verletzt werden; für die bereits eingetragenen Genossenschaften bleibt es beim bestehenden Recht. — In der Special-Discussion bestätigt der Abg. Lesser, daß in Bayern allerdings der geringste Theil der Genossenschaften eine beschränkte Haftpflicht habe. Es ist anzuerkennen, daß man, bis die Reichsgesetzgebung sich darüber ausgesprochen hätte, der Bildung von Genossenschaften keinen Riegel vorschreiben wollte. — Abg. Braun (Gera) ist der Meinung, daß der Augenblick, wo ein Reichsgesetz einen weiteren Geltungsbereich erlangen soll, nicht geeignet sei, theoretische Streitfragen zu erörtern und das Gesetz selbst zu ändern. Die sächsische Gesetzgebung hat in dem Augenblick, wo die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes mit dieser Materie sich beschäftigte, auf eigene Faust gearbeitet und ein Gesetz erlassen, das im vollen Widerspruch steht mit dem des norddeutschen Bundes. Hofsätzlich wird der Reichstag nicht verfehlten, darauf zurückzukommen, damit in Zukunft die Loyalität besser behandelt wird. — Bundesbevollmächtigter für Sachsen, Held: Ich will nur dem Vorwurf der Illoyalität entgegentreten und bitten, mit einem solchen Vorwurf rücksichtig zu sein gegenüber einer Frage, die eine vorwiegend juristische ist und sich auf einem Gebiete bewegt, auf welchem die Grenze der Landeskompetenz nicht augenfällig ist. So lange nicht ein Reichsgesetz existierte, war die Partikulargezeggebung berechtigt, sich damit zu be-

schäftigen. Sie konnte also nur ihren Staatsbürgern gegenüber illoyal sein, indem sie zur Bildung von Genossenschaften Anlaß gab, welche alsbald nach der Schaffung eines Reichsgesetzes ihrer Vernichtung entgegengingen. Die prognostizirten Missstände haben sich bis jetzt in keiner Weise erkennbar gemacht. — Abg. Schulze meint, daß Missstände sich nicht gleich in den ersten Jahren, sondern nach viel längerer Zeit erst zeigen. Er gibt darauf aus seiner reichen mehr als 25jährigen Erfahrung einige Details, besonders statistische Zahlen, mit denen er beweist, daß in der letzten Zeit die Genossenschaften an der beschränkten Haft laborieren. Dann ist die Lage in Bayern eine andere als in Sachsen und das zieht die übelsten Inconsequenzen nach sich. Deshalb müsse im Interesse des Reiches eine Abhilfe geschaffen werden. Hierauf werden die beiden Paragraphen des Gesetzes in zweiter Berathung genehmigt.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung der Verfassung des deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen. (Das Wahlgesetz für den Reichstag tritt am 1. Januar 1874 in Kraft, es sind zu wählen 15 Abgeordnete. Die Besteuerung des inländischen Bieres bleibt bis auf Weiteres der inneren Gesetzgebung vorbehalten, dagegen hat Elsaß-Lothringen keinen Anteil an dem in die Reichssteuer fließenden Ertrag der Steuer vom Bier; eben so bleibt das Octroi für Rechnung der Commune bis auf Weiteres bestehen. Auch nach Einführung der Verfassung und bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung kann der Kaiser unter Zustimmung des Bundesrathes, während der Reichstag nicht versammelt ist, Verordnungen mit gesetzlicher Kraft erlassen, jedoch nicht in Angelegenheiten, in welchen die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist. Die für Frankreich optiert haben ohne auszuwandern, können erst dann wählen und gewählt werden, wenn sie ihre Erklärung für die französische Nationalität vor der zuständigen Behörde ausdrücklich zurückgenommen haben.) — Geh. Rath Herkog: Die Reichsregierung hat sich nicht verborgen, daß die Gewährung aller deutschen Staatsbürgerrechte an die Elsässer in gewisser Weise ein Wagnis ist. Aber mögen die Wahlen ausfallen, wie sie wollen, die Regierung ist dennoch der Ansicht, daß die Belehrung der Elsässer an dem politischen Leben Deutschlands das beste Mittel ist, sie geistig anschnellen wieder zu uns herüberzuziehen. Der § 6 enthält eine Modification des Wahlgesetzes. Der bei weitem größte Theil der sogenannten Optionserklärungen ist abgegeben worden, ohne daß damit die Absicht der wirklichen Auswanderung verbunden war. Es läßt sich dies aus der Thatache ableiten, daß von etwa 160.000 Optanten nur etwa 40.000 oder 25 % ausgewandert sind. Der überwiegende Theil gab die Erklärung ab, um thafähig des Schutzes und des Vorrechtes der deutschen Staatsbürger zu genießen, zugleich aber ein Beugnis zu haben, daß bei einem eintretenden Umschwung seinen französischen Patriotismus documentirte. Eine solche Zweifelhaftigkeit der nationalen Zugehörigkeit befähigt nicht zur Ausübung des höchsten politischen Ehrenrechts im deutschen Reich, weil bevorzugt werden muß, daß diejenigen, die sich für Franzosen halten, wenn sie von dem Wahlrechte Gebrauch machen, es nicht gerade zur Förderung deutscher Interessen ausüben würden.

— Abg. Petersen (laisserlicher Kammerpräsident in Straßburg): Auch ich begrüße den Entwurf im Allgemeinen als einen erfreulichen Fortschritt. Das politische Interesse im Elsaß wird nach Einführung der Verfassung eine andere Richtung erhalten; während man jetzt noch allgemein nach Paris und Versailles hofft, wird man dann, sobald es erst elsißische Abgeordnete in diesem Saale sitzen, nach Berlin blicken und wir brauchen den Vergleich wahrlich nicht zu scheuen. Wir müssen dahin streben, das Provisorium möglich erträglich zu machen und ich glaube, daß alle Fraktionen dieses Hauses einig sind, die Entscheidung über elsißische Partikularangelegenheiten künftig den Abgeordneten aus diesem Lande selbst zu überlassen und ihrerseits nur zu controlliren, daß sich unter dem Deckmantel angeblicher Landesinteressen nicht ganz andere Bestrebungen verborgen. Um ein berühmt gewordenes Wort zu citiren: es ist Zeit, Elsaß in den Sattel zu helfen, aber den Bügel muß das Reich noch in der Hand behalten. (Zustimmung.) Der § 6 scheint mir absolut überflüssig und selbst schädlich. Nach der Option hat die Verwaltung von Elsaß-Lothringen amtlich erklärt, daß dieselbe völlig wirkungslos sei, daß sie nicht die einzige rechtl. Bedeutung habe, wenn sie nicht durch Auswanderung verwirklicht werde. Wie will die Reichsregierung nun von einem ausdrücklich als rechtl. wirkungslos erklärten Alte die Ausübung des wichtigsten politischen Rechtes abhängig machen? Es war seiner Zeit, namentlich im Oberelsaß, Mode, eine Optionserklärung abzugeben; es wurde ein gewisser Terrorismus ausgeübt und viele haben damals die Mode mitgemacht, ohne sich dabei zu denken; die meisten haben es heute wahrscheinlich vergessen. Und um dieser politischen Spielerei willen, die ich an und für sich nicht vertheidigen will, die aber doch hautzutage nicht die geringste thafähliche Bedeutung mehr hat, sollen die Leute entweder auf ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht verzichten oder sich der Demuthigung unterwerfen, zu Kreuze zu ziehen. Das heißt doch sie läunlich und mutwillig in die äußerste Opposition treiben. (Sehr richtig); das ist doch eine unfreie und unpolitische Maßregel. Lassen Sie die Leute ruhig wählen; ich kann mit gar keine bessere und schärfere Anerkennung ihrer deutschen Staatsbürgerqualität Seits der früheren Scheinoptanten denten, als wenn sie sich an den Wahlen zum deutschen Reichstag beteiligen. (Sehr wahr!) Wenn sich der Bundescommissionar auf die Berichte der elsißischen Beamten bezieht, so war mir das sehr neu; so weit ich in diesen Kreisen Bescheid weiß — und mein Colleague von Puttkamer ist derselben Ansicht, wenn er leider auch durch Krankheit verhindert ist, sie hier kundzuhalten — betrachtet man auch dort den § 6 als eine kleinliche polizeiliche Ehitane. (Hört! hört!) Ich bitte Sie, den Antrag, den ich in zweiter Lesung einbringen werde, auf Streichung dieses Paragraphen, zu genehmigen. (Beifall.) — Abg.

wenn es ihm auch lieber gewesen wäre, wenn zuerst für eine elsißische Landesvertretung gesorgt wäre. In Bezug auf § 6 stimme er dem Vorredner vollkommen bei. Je umfassender man die Elsässer in die politische Entwicklung Deutschlands hineinziehe, um so eher werde man sie für ihr neues Vaterland gewinnen. Das habe man an der Rheinprovinz gesehen, in welcher er noch 1834 viel französische Sympathien gefunden habe. — Abg. Reichsvertrager (Olpe) stimmt den beiden Vorrednern in Bezug auf die Gesamtheit der Vorlage zu und verhorre sie ebenso wie sie den § 6. Auch § 8 kann er nicht acceptiren, welches bestimmt, daß, während der Reichstag nicht versammelt ist, der Kaiser unter Zustimmung des Bundesrats Verordnungen mit gesetzlicher Kraft erlassen kann, unter dem Vorbehalt, sie dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen. Man möge sich den allerdingen unwahrscheinlichen, aber immerhin doch denkbaren Fall vorstellen, daß eine vom Reichstag nachträglich verworfene Verordnung sofort nach Schluss der Session wieder erlassen würde. — Fürst Bismarck: Ich glaube, daß der Vorredner sich den Missbrauch, den die verbündeten Regierungen von dem nicht etwa der Executive-Gewalt allein, sondern der Gesamtheit der verbündeten Regierungen anzuvertrauen Machtvollkommenheit machen können, doch etwas zu schroff vorstellt. Wenn, wie er sagt, der Reichstag ein Gesetz verwirft und wir sofort nach Schluss des Reichstags nun das vom Reichstag verworfene Gesetz mit dem Bundesrat allein zur Wirklichkeit führen wollen, so glaube ich, werden Sie mit mir darüber einverstanden sein, daß eine Regierung, die in dem Fall den Reichstag nicht lieber auflost, die sich mit einem Reichstag, mit dem sie noch weiter wirtschaftlichen Rat, in einen so ruchlosen und einfältigen Conflict setzt, daß sie von einem Reichstag und von einer Einfältigkeit wäre, wie wir Ihnen bisher den Beweis davon noch nicht gegeben haben. (Heiterkeit.) Einen so schweren Apparat, wie die ganze Vertretung des Reiches zum Landtag für 1½ Millionen Einwohner zu machen, dazu haben wir die Zeit nicht. Wenn wir uns erinnern, was schon die verhältnismäßig doch untergeordnete Elsaß-Lothringen Eisenbahnanlagegelegenheit uns hier für Sitzungen und Debatten gefestigt hat, so können wir uns leicht daran den Schluss ziehen, wie Ihre Zeit im Sommer und Winter in Anspruch genommen würde, wenn der Reichstag alle kleinen Landesangelegenheiten von Elsaß-Lothringen, eines Landes kleiner wie Württemberg, hier durchmachen wollte. Es handelt sich hier nicht um ein definitives Institut, sondern um ein neues Provisorium, und ich bin überzeugt, Sie werden den verbündeten Regierungen und ihren Organen das volle Vertrauen gewähren, das Sie uns in anderen ebenso wichtigen Angelegenheiten bisher nie versagt haben. (Beifall.) — Abg. Erwahl erklärt sich nicht abgeneigt, eine Vorlage anzunehmen, die der Dictatur ein Ende macht, wenn nur ihr § 8, der dem Kaiser das Recht läßt, auch nach Einführung der Verfassung Verordnungen mit gesetzlicher Kraft erlassen, nicht gar zu sehr an das „desinit in pisco“ erinnerte. Auch Abg. Krüger schließt sich dieser Klage an, die er als abgetretener Nordschleswiger tiefer empfindet, als irgend ein anderes Mitglied des Hauses. — Die zweite Berathung wird ebenfalls im Plenum stattfinden.

Es folgt die Berathung des Preßgesetzes und zwar steht der Entwurf von Windthorst (Berlin) zur zweiten Berathung, die bereits angefangen war und fortgesetzt werden soll, zugleich das von Windthorst (Meppen) vorgelegte Roth-Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Auskunft über die Lage, in der sich die Vorlage im Schoße der verbündeten Regierungen befindet. — Abg. Windthorst (Meppen) spricht der Regierungsvorlage jeden Erfolg ab. Praktisch wäre es, sein Notgesetz sofort in Angriff zu nehmen, da Regierungen und Parteien über die Abschaffung der Zeitungsteuer und der Cautionen einig sind. Das eigentliche Preßgesetz möge dann in der nächsten Session mit Ruhe und ohne Leidenschaft auf dem Wege der Verständigung zu Stande gebracht werden. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Vorlage der preußischen Vorlage über das Preßgesetz zur ersten Berathung. — Der Präsident will dem letzteren den Vortritt lassen, schon damit sich eine erste Berathung nicht mit einer zweiten kreuzen. — Abg. Düncker verlangt für dies letztere den Vorrang und Ausk

Bismarck: Wozu der preußischen Regierung immer gleich mit zornigen harten Worten vorwerfen, daß sie etwas Lasterhaftes anstrebt, wenn sie in ihrem Entwurf ihre Überzeugung ausdrückt? Es gibt vielleicht 100,000 Leute, die ein directes Interesse an der Presse und daran haben, daß sie so frei, unabhängig und angenehm wie möglich daseien; aber sehr viel mehr haben dies Interesse nicht, sondern seien der freieren Entwicklung der Presse mit einer gewissen Sorge entgegen und haben ein Recht darauf ihre Überzeugung in Gesetzesvorschlägen auszudrücken. Die Auffälder stehen sich da nicht wie Tugend und Laster gegenüber, sondern wie der Gegensatz der Schuhzöllner und Freihändler. Man darf nicht denken, daß die unbedrängt freie Entwicklung der Presse sind, vorwerfen, daß es schimpflich oder Unrecht und daß es tugendhaft sei, für die Freiheit der Presse zu plaudern. Es gibt eine Menge von Menschen, die nicht so denken, und das wird sich bei den Wahlen vielleicht zeigen. — Abg. Düncker erklärt sich dafür, daß der Entwurf von Windthorst (Berlin) zurückgezogen und dem Notthypotheksgesetz der Vorrang eingeräumt werde, damit wenigstens die materielle Belastung der Presse ihre Verurtheilung durch den Reichstag erfahre, wie sie vom preußischen Landtag verurtheilt worden ist. Auffallend ist ihm die Gereiztheit des Kanzlers im Gegensatz zu seiner sonstigen Sicherheit und der Ton, den er angeschlagen, der mehr einer vergangenen Zeit angehört, als die Klassifizierung der Preschfreiheit unter die Volksrechte veraltet ist. — Fürst Bismarck: Der Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich mit einer Leidenschaftlichkeit und Gereiztheit mich ausgedrückt hätte, die mit meinem sonstigen Verhalten im Widerspruch ständen. Der Vorredner hat durch die Färbung seiner eigenen Rede dieser Anklage doch eine eigentümliche Illustration gegeben. Ich habe nicht die Ehre ihn so genau zu kennen, daß ich mit Sicherheit behaupten könnte, daß der Ton der Gereiztheit und Leidenschaftlichkeit, mit dem er eben auftrat, mit seinen sonstigen Ge-

wohnheiten in Widerspruch stand. Ich habe mich eines ähnlichen Tones nicht bedient, ich habe mit einiger Entrüstung mein Recht als Deutscher wahrgenommen gegenüber einer Andeutung, die mich nach meinem Eindruck von dem Begriffe Volk ausschließen schien, indem ich darauf hinwies, daß die Regierung ebenfalls zum Volke gehörte, aus ihm hervorgegangen sei und in das Volk zurückkehre. — Abg. v. Bennigk erklärt sich mit Berufung auf die Beschlüsse der Delegirten und auf die Schwierigkeiten, die sich in der formalen Behandlung der Frage ergeben, für Absehung beider auf die Presse bezüglichen Vorlagen. — Abg. Lascher führt aus, daß er nicht entfernt zu der gereizten Erklärung des Reichskanzlers Anlaß gegeben hat, mit dem er durchaus gleichberechtigt an der Gesetzgebung arbeite. — Fürst Bismarck: Der Vorredner wird mir gewiß darin bestimmen, wenn ich die Annahme ausspreche, daß der Redner der mindest berechtigte Richter über den Ton seiner Rede ist. Ich berufe mich auf das Haus, wenn ich behaupte, daß der gereizte Ton in diese bis dahin rein sachliche Debatte durch den Vorredner eingeführt worden ist. (Widerspruch.) Der Vorredner hat in seiner Gereiztheit nicht die Gewohnheit, seine Pfeile so zu spießen, daß sie, ich will nicht sagen Gift, aber einen ätzenden Saft enthalten. In dieser Sache hat der Vorredner einen zweipoligen Unterschied zwischen Regierung und Volk, zwischen Regierungrecht und Volksrecht angedeutet. Das war ein Anlaß an vergangene Zeiten. Denk' warum das Budget, der Ausbau der deutschen Festungen zur Vertheidigung, die Finanzgesetze nicht zum Volksrecht gehören, kann ich begreifen. Ich brauche mir nicht gefallen zu lassen, daß die Regierung vom Volke ausgeschieden wird. Das ist eine Fälschung der ganzen Sachlage, die ich nicht acceptire. Für sich und seine Bestrebung allein alles Volksbüchliche in Anspruch

zu nehmen, giebt den Bestrebungen der Regierungen den Schein des Volksfeindlichen, das ist eine subversive Tendenz, die ich von dem Abg. Lascher am wenigsten erwartet hätte. Mir war die Debatte gar nicht in so hohem Grade willkommen; ich suchte den Kampf und Streit nicht auf, aber ich bin nicht gern ein neutraler und müßiger Zuschauer. Wenn wirklich der Entwurf so unannehmbar wäre, daß sich 12 Stimmen im Bundesrathe dagegen aussprechen würden — streichen Sie z. B. den § 20, so werden Sie schon mehr Anhänger finden, daß so in der Totalität über einen noch gar nicht vorliegenden Gesetzentwurf abgesprochen wird, halte ich für unrichtig. Es soll mir ganz außerordentlich erwünscht sein, wenn ich das Meinung dazu beigetragen habe, den Eindruck, den die verstimrende Discussion herverufen hat, zu verwischen, aber schließen Sie mir nicht die Schuld der Verstimming zu. Ich habe den Ton des Abg. Windthorst nicht für gereizt gehalten, den des Abg. Lascher dagegen habe ich für gereizt gehalten. Ich habe nicht die Gewohnheit, bei wichtigen Fragen stillschweigend zu hören. Ich bin mir der Pflicht, die ich für die Regierung zu verantworten habe, sehr wohl bewußt und werde niemals vor ihrer Erfüllung zurücktreten. (Beifall rechts.) — Das Haus entscheidet sich schließlich in Bezug auf die geschäftliche Behandlung der beiden Entwürfe darartig, daß zuerst das von Windthorst (Meppen) eingebrachte Notthypotheksgesetz und erst nach dessen eventueller Verwerfung der Commissionsentwurf zur Verathung kommen soll. — Nächste Sitzung Dienstag.

571 R. b., 7c Sept.-October 56½-57-56½ R. b., 7c Oct.-November 56½-57-56½ R. b., 7c Februar loco 7c 1000 Kilogr. 52-67 R. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 7c 1000 Kilogramm 50-59 R. nach Qualität gef. — Getreide loco 7c 1000 Kilogramm Roggweizen 52-56 R. nach Qualität, Getreide 47-51 R. nach Qualität — Weizenmehl 7c 100 Kilogramm Brutus universit. incl. Sad. Kr. 0 9½-10 R. 7c. Kr. 0 u. 1 11½-11 R. Roggenmehl 7c 100 Kilogramm Brutus universit. incl. Sad. Kr. 0 9½-10 R. 7c. Kr. 0 u. 1 12½-13 R. 7c. Kr. 17-17½ R. 7c. Kr. 17-17½ R. 7c. Juli-Juli do. 7c. Juli-August 8 R. 14½-13½ R. 7c. Kr. 17-17½ R. 7c. August-September 8 R. 12½ R. 7c. Kr. 17-17½ R. 7c. September-October 8 R. 11½-11 R. 7c. Kr. 17-17½ R. 7c. Rüb. 7c 100 Kilogramm Rüb. obne 7c. Kr. 21½ R. 7c. Juli-August 21½ R. 7c. Kr. 21½ R. 7c. September-October 21½-22½ R. 7c. Kr. 22½-23½ R. 7c. November-December 21½-22½ R. 7c. Kr. 23½-24½ R. 7c. Kr. 23½-24½ R. 7c. Petroleum raff. 7c 100 Kilogramm mit Fab. loco 12 R. 7c. June 11½-12 R. 7c. June-Juli do. 7c. October-November 11½-12 R. 7c. Kr. 22½-23½ R. 7c. Kr. 22½-23½ R. 7c. December 12 R. 7c. Spiritus 7c 100 Liter = 100% = 10,000 R. loco obne Fab. 19 R. 7c. Kr. 13 R. 7c. Kr. 19 R. 2-6 R. 7c. Kr. 13 R. 7c. June-Juli do. 7c. July-August 19 R. 11-15-13 R. 7c. Kr. 13 R. 7c. August-September 19 R. 4-5 R. 7c. Kr. 13 R. 7c. September-October 19 R. 4-5 R. 7c. Kr. 13 R. 7c.

Hypothen-Bericht.

Berlin, 14. Juni. (Emil Salomon.) Bei lebhafterem Geschäft waren die Umsätze in Hypotheken in vergangener Woche nicht unbedenklich, größere Posten erster Stellen in guten Stadtgegenden sind mit Amortisation abgeschlossen worden, kleinere Summen sind 5% kündbar übereinander, in entfernteren Gegenden blieben Offerten 1½ bis 2½ vorherrschend. Von zweiten und ferneren Eintragungen ist viel Material am Markt und nur beste Stadtgegend innerhalb der Gewerkschaft findet Abnehmer. Hypotheken auf Rittergüter zur ersten Stelle der pupillarischen Belebungsgrenze fehlen. Für zweite und weitere Eintragungen keine Restposten. Kreisobligationen geschäftlos und Courte nominell, ältere Posten 5% von

Concurs-Eröffnung.

Agl. Stadt- und Kreis-Gericht zu

Danzig,

Erste Abteilung,
den 17. Juni 1873, Vormittags 11 Uhr.
Über das Vermögen des Kaufmann
Robert Kloß in Firma Robert Kloß
hier in der Kaufmännischen Concurs eröffnet und
der Tag der Zahlungs-Einstellung auf den
16. Juni 1873 festgelegt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse
ist der Kaufmann Rudolph Hassel bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners wer-
den aufgefordert, in dem auf

den 27. Juni 1873,

Vormittags 10 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer Nr. 17 des Ge-
richtsgebäudes vor dem gerichtlichen Com-
missar Hrn. Stadt- und Kreis-Gerichts-Rath
Jord anberaumten Termine ihre Erklärungen
und Vorschläge über die Beibehaltung dieses
Verwalters oder die Bestellung eines andern
einzelwilligen Verwalters, sowie darüber ab-
zugeben, ob ein einzelwilliger Verwaltungs-
rath zu bestellen und welche Personen in
denselben zu berufen seien.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas
an Geld, Papieren oder anderen Sachen in
Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche
ihm etwas verschulden, wird ausgegeben,
nichts an denselben zu verabsolgen oder zu
zahlen, vielmehr von dem Besitzer der Gegen-
stände bis zum 25. Juli 1873 einschließ-
lich dem Gerichte oder dem Verwalter der
Masse Anzeige zu machen, und Alles mit
Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin
zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber
oder andere, mit denselben gleichberechtigte
Gläubiger des Gemeinschuldners haben von
den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken
uns Anzeige zu machen.

Der Ober-Rabbiner Herr Abraham Baer
Cohn aus Palästina wird von der
Kaiserlich Deutschen Regierung und von ver-
schiedenen Fürsten und Prinzen auf das
Wärme empfohlen.

Er besitzt unter anderem Empfehlungs-
schreiben von Sr. Großherzoglichen Hoheit
dem Prinzen Alexander von Hessen, dem
Schwager Sr. Majestät des Kaisers von
Rusland an den Reichskanzler Fürsten von
Gortzhalow Durchlaucht in Petersburg,
Ferner von Sr. Königl. Hoheit dem Groß-
herzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher
Herr Cohn in Palästina persönlich kennen-
zu lernen Gelegenheit hatte, so wie von Sr.
Hoheit dem Fürsten Carl von Rumänien und
aus dem Kabinett Sr. Majestät des Königs
von Dänemark.

Auf Grund des Erlasses des Herrn
Ministers des Innern Grafen zu Bülkau in
Berlin an sämtliche Ober-Präsidenten
der Monarchie ist derzeit Herr Baer Cohn
und sein Neffe, die Beschaffung von
Mitteln zur Gründung eines Hospitals zu
Safed auch von dem hiesigen Ober-Präsidenten
angelegerichtet zur Unterstützung empfohlen
worden.

Dies Alles wird hiermit amtlich von mir
beglaubigt.

Hannover, den 9. Januar 1873.

(L. S.)

Der Königl. Polizei-Präsident.
v. Brandt.

Dass die vorstehende amtliche Bescheinigung
von dem hiesigen Königlichen Polizei-
Präsidium von Brandt ausgestellt und
eigenhändig ausgefertigt worden ist, wird
hierdurch unter Siegel und Unterschrift
beglaubigt.

Hannover, den 11. Januar 1873.

Der Ober-Präsident der Pro-
vinz Hannover.

J. B.
Leipziger.
(L. S.)

Landes-Siegel des Ober-Präsidenten.

Begläubigt, Berlin, d. 21. Febr. 1873.
Das Auswärtige Amt des
Deutschen Reichs.

J. A.
v. Bülow I.
(L. S.)

Siegel Auswärtiger Angelegenheit.

Herr Rabbiner Dr. Wallerstein hatte
die Güte sich der Bemühung zu unterziehen,
Beiträge einzulässen, zur Weiterförderung
durch das hiesige Polizei-Präsidium. Sämtliche
Beiträge werden veröffentlicht.

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.

Die am 1. Juli 1873 fälligen Coupons
unserer 5% und 4½% Hypothekenbrie-
fe resp. Depositen werden vom 15. d. M.
ab eingelöst bei unserer Haupt-Kasse in
Berlin, Wilhelmstraße 62 und in
Danzig bei

Storrer & Scott,

Langenmarkt 37.

Berlin, den 6. Juni 1873.

Die Haupt-Direction.

Spielhagen.

Preussische Hypotheken-Actien-Bank
(concessioniert durch Allerhöchsten Er-
laß vom 18. Mai 1864).

5% Hypothekenbriebe,
rückzahlbar vom 1. Januar 1883,
zum Nominalbetrage.

4½% Hypothekenbriebe,
Verloosung halbjährlich mit 20% Zuschlag,
wobei 50 100 200 500 1000 R.
erhalten 60 120 240 600 1200 R.

Die Hypothekenbriebe, welchen nach
den im § 13 des Statuts von der Königlich
Preussischen Staats-Regierung
festgesetzten Belebungsgrenzen erwor-
bene und pupillarisch sichere Hypotheken als
Unterlagen dienen, werden an der Berliner
Börse gehandelt und im amtlichen Theile
des Courszettels notirt. Sie bilden daher
ein börsengängiges Papier, welches sich
als eine höchst vortheilhafte und pupillarisch
sichere Kapitals-Anlage darstellt.

Berlin.
Die Haupt-Direction.
Spielhagen.

Die 5% und 4½% Hypothekenbriebe sind
von uns zu beziehen und halten dieselben
empfohlen.

Danzig.

Storrer & Scott,
Langenmarkt 37.

Musikalien-Leih-Institut
bei
F. A. Weber,
Buch-, Kunst- u. Musikalien-
Handlung,
Langgasse No. 78.

Günstigste Bedingungen.
Größtes Lager neuer Musikalien.

Orthopädisch, gymnastisch und
electrische Heilaufstalt nebst
Pensionat,
90. Hundegasse 90.

Sprechstunden Vormittags von 7 bis
11 Uhr.

A. Funck,
Practischer Arzt und Director
der Anstalt.

Einsetzen künstlicher Zahne
innerhalb 6 bis 8 Stunden,
sowie Behandlung sämtlicher
Zahn- und Mundkrankheiten in
Knievel's Atelier, Heiligegeistgasse No. 25,
Ecke der Ziegengasse.

Geheime u. Hautkrankh., Schwäche-
zustände, auch die ver-
altesten Fälle, nachdem alle Kuren erfolg-
los waren, heile ich brieflich schnell u. sicher.

Dr. Harmuth, Berlin, Prinzenstr. 62.

Ein Luchwollblod, 2½ Jahre alt, Klippau-
ger Abstammung, steht wegen Zugt-
änderung in Gr. Böhlau zum Verkauf.

Schlesische Lebensversicherungs-Actien-Gesellschaft.

Grund-Kapital: 1 Million Thaler.

Die Gesellschaft schließt:

- I. Lebens-, Ausstattungs- und Renten-Versicherungen in jeder Höhe und Form, sowie
- II. Versicherungen gegen die Folgen Körperlicher Unfälle individuell, zu Gunsten des Einzelnen und collectiv, zur Sicherstellung der Betriebsunternehmer gegen die Folgen der gesetzlichen Haftpflicht oder zur Versorgung der im Betriebe beschädigten Personen bei Unfällen jeder Art.

Zur Ertheilung jeder weiteren Auskunft und Entgegnahme von Versicherungssachen tragen empfiehlt sich

(1433)

der General-Agent

Hermann Pape.

Neueste Erfindung!

Glycerin-Glanz-Wichse

in flüssiger Form

zum Wickeln von Schuhen, Stiefeln und Leder-Effekten jeder Art.
Dieselbe ist vollständig frei von Säure, trocknet nie ein, erbtet
dem Leder einen tiefschwarzen lackähnlichen Glanz, verhüttet vermöge ihres che-
mischen Glyceringehaltes das Hart- und Brüchigwerden, macht hart und
spröde gewordenes wieder weich und elastisch und gibt selbst solchen Leder-
zeugen, die öfters eingefügt werden, sogleich Eleganz.

Um ein verehrtes Publikum vor Läufigkeit zu schützen, erkläre ich hier-
mit, daß die von mir erfundene und an diesem Blatt eingeführte

Glycerin-Glanz-Wichse in flüssiger Form
nur allein von mir zu beziehen ist; ich bitte daher dieselbe nicht zu verwenden
sich mit der unter meiner obigen Benennung anderweitig angepriesenen Wiche.

Hermann Lietzau, Holzmarkt 22,

vereid. Apotheker und Chemiker.

Mode-Neuheiten für die Sommer-Saison,

wie

Ostindische Bastroben (Tussors),
Chinesische Rohseidenstoffe,
blaue Kleider-Leinen mit weißem Kugelmuster,
Mozambique und Seiden-Barège,
Schwarze und couleurte Grenadine,
Grenadine double chaine,
do. rayé cannelée,
Glanz-Alpacca und Seiden-Mohairs,
Kleider-Cattune und Percales und Rips-Piqués,
Jaonas, Batiste und Organys.

Schwarze Spitzen-Tücher,